

209 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Bericht

des Ausschusses für soziale Verwaltung

betreffend den vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgelegten Bericht über die soziale Lage 1982 (III-9 der Beilagen)

Der gegenständliche Bericht über die soziale Lage 1982 ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil enthält eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und die sozialpolitische Vorschau. Der zweite Teil ist der Sozialbericht, der die Abschnitte

- Bevölkerung und Erwerbstätigkeit;
- Konjunktur und Arbeitsmarkt 1982;
- Entwicklung der Einkommen, Einkommens- und Vermögensverteilung;
- Entwicklung der sozialen Sicherheit;
- Die gesamten öffentlichen Sozialausgaben;
- Die Sozialausgaben des Bundes;
- Sozialversicherung.

umfaßt.

Der dritte Teil enthält den Tätigkeitsbericht des Bundesministers für soziale Verwaltung. Weiters ist im Anhang ein Tätigkeitsbericht des Instituts für arbeitswissenschaftliche Forschung und ein Abschnitt betreffend Frauenförderungsprogramme sowie die Beiträge der Interessenvertretungen enthalten.

Im Abschnitt über die Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse wird darauf hingewiesen, daß 1982 eine leichte Abnahme der Erwerbsquote festgestellt wurde und es 3 200 Berufstätige weniger als im Vorjahr gab. Die Zahl der unselbständigen Beschäftigten verringerte sich um 32 200 (-1,2%), jene der Arbeitslosen erhöhte sich um 36 100, die Arbeitslosenquote stieg von 2,4% (1981) auf 3,7%. Die Arbeitslosenquote war 1982 für Männer erstmals höher (3,8%) als für Frauen (3,5%). Männer waren im Durchschnitt länger arbeitslos (9,7 Wochen) als Frauen (9,4 Wochen). Von den 15- bis 18jährigen waren 1982 3,2% arbeitslos, von den 19- bis 24jährigen 4,4%. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer reduzierte sich um zirka 15 000.

1982 stiegen die gesamtwirtschaftlichen Sozialausgaben um +8,7% und ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (Sozialquote) erhöhte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 26,8%. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherheit stiegen mit 15,8% doppelt so stark wie jene der Sozialversicherung; die Aufwendungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung erhöhte sich um 43% und die Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung stiegen um 26%.

In der Sozialversicherung stiegen die Ausgaben um 7,8% und die Einnahmen aus Beiträgen der Versicherten erhöhte sich um 5,6%. Nur im Bereich der Krankenversicherung konnte durch eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage die Gebarung konsolidiert werden.

In der Pensionsversicherung wirkten sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zweifach ungünstig aus: in einem verstärkten Zustrom an Pensionisten (Frühpensionierungen etc.), gleichzeitig in einem Rückgang der aktiven Versicherten, um etwa 43 700 Personen. Dadurch erhöhte sich das Belastungsverhältnis auf 549 Personen (1981: 531) je 1 000 Aktive. Da die Beitragssätze nicht erhöht wurden, mußte der Bund um 6,7 Milliarden Schilling mehr zuschießen, um das Einnahmefizit auszugleichen. Der Finanzierungsanteil des Bundes am Gesamtaufwand der Pensionsversicherung stieg dadurch von 21,9% auf 25,2%. In der Pensionsversicherung der Unselbständigen trägt der Bund 16,6%, in der der Selbständigen 75,1% der Ausgaben.

Die Erhöhung der Renten und Pensionen im Jahre 1982 um 5,2% lag unter der Inflationsrate. In diesem Zusammenhang wird weiters im gegenständlichen Bericht bemerkt, daß im Jahre 1983 nach dreijähriger Unterbrechung die Kaufkraft der Pensionen wieder steigen wird. Die durchschnittliche Alterspension eines Unselbständigen betrug 1982 6 233 S monatlich. (Arbeiter 5 191 S, Angestellte 8 001 S.)

2

209 der Beilagen

Der Anteil der Unselbständigen-Einkommen sank angesichts des ungleichen Wachstumstemplos von Lohn- und Gewinneinkommen gegenüber 1981 um mehr als zwei Prozentpunkte: bereinigt erreichte die Lohnquote die niedrigsten Werte seit 1974.

Die Verteilung der unselbständigen Einkommen zeigt 1982 signifikante Änderungen: das mittlere Einkommen (Median) lag 1982 mit Brutto 10 850 S um 5,9% höher als 1981. Das mittlere Angestelltengehalt lag bei 12 300 S (mit einer deutlichen Steigerung von 9,4% gegen 1981), der mittlere Arbeiterlohn lag bei 10 000 S (+4,8% gegenüber 1981).

Im Abschnitt über die Verteilung von Löhnen und Gehältern wird in diesem Zusammenhang berichtet, daß die obersten 10% der Lohn- und Gehaltsempfänger ihren Anteil am Gesamteinkommen von 23,6% (1981) auf 24,3% (1982) erhöhen konnten und die Arbeitnehmer im mittleren Bereich Einbußen hinnehmen mußten. Die untersten 20% der Unselbständigen konnten ihren relativen Einkommensanteil halten.

In der Zusammenfassung wird weiters festgestellt, daß erstmals im Sozialbericht auch die Vermögensverteilung auf der Grundlage der Vermögenssteuerstatistik 1977 behandelt wird. Dabei wird im Sozialbericht die Feststellung getroffen, daß sich in den 70er Jahren die Vermögensungleichheit

erhöht hat: 1977 verfügte das oberste Zehntel aller vermögenssteuerpflichtigen Haushalte über 55,4%, das oberste Hundertstel über rund ein Viertel des Gesamtvermögens.

1982 betrug die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld 66 685 (1981: 43 387), der durchschnittliche Aufwand betrug 1981 7 116 S (1981: 6 777 S). Der durchschnittliche Aufwand für die 11 948 Bezieher einer Notstandsbeihilfe (1981: 12 536) betrug 5 682 S (1981: 4 912 S).

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 18. Jänner 1984 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Schwimmer, Dr. Helene Partik-Pablé, Dr. Kohlmaier, Dr. Stummvoll, Dr. Schranz, Kräutl und Ingrid Tichy-Schreder sowie der Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den von der Bundesregierung vorgelegten Bericht über die Soziale Lage 1982 (III-9 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1984 01 18

Tirnthal

Berichterstatter

Hesoun

Obmann